

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsförderung Streik etc. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpalmen Postzeit oder deren Raum 15 Pfg., die halbpalmen Postzeit 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unbedeutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M., das Laufen, ausüßlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 21

Dienstag, den 17. Februar 1931

33. Jahrg

Brennholzversteigerung.

Montag, den 23. Februar, 9 1/2 Uhr, sollen im Stadtwald Oppin

110 rm kiefernes Rollholz
6 rm birkenes Rollholz
20 rm kiefernes Scheitholz

versteigert werden.

Sammelort Forsthaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 16. Februar 1931.

20) Der Magistrat

Gefundene Gegenstände:

1. 9. 30	1 Herrenrad,
29. 9. 30	1 Herrenrad,
4. 11. 30	1 Schlüssel,
1. 11. 30	1 Kinderstuhl,
9. 12. 30	1 Tafelbenjaminsanne,
12. 1. 31	1 Lothschmesser,
15. 1. 31	1 Koller,
15. 1. 31	1 Wasenmühle,
15. 1. 31	1 Paar Kinderhandschuhe,
6. 2. 31	2 Schlüssel,
6. 2. 31	1 Fahrrad (am Postamt.)

Kemberg, den 15. Februar 1931.

21) Die Polizeiverwaltung.

Senkt die Verkehrsstarke!

Während sich die Reichsregierung, nicht immer in glücklicher, aber alles in allem doch durchaus anerkannter Weise und auch von Erfolg begleiteter Weise eine Senkung der Preise bemüht, während einzelne Länder ihr darin, wenn auch in recht zögernder Weise, folgen zu leisten beginnen, wehren sich die Gemeinden offenbar mit besonderer Hartnäckigkeit gegen jede Herabsetzung ihrer Preise, d. h. ihrer Tarife. Gewiß, die Lage der Gemeinden erscheint recht schwierig, insbesondere angesichts der in katastrophaler Weise zunehmenden Zahl der Wohlfahtserwerblosen, aber das entbindet die Gemeinden nicht von der Pflicht, sich der allgemeinen Preislenkung anzuschließen, für die die Wirtschaft — Unternehmer wie Arbeiter — bereits ganz erhebliche Opfer gebracht hat. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rolle im großen Ganzen der Gesamtwirtschaft eine sichtbare und fühlbare Senkung der zahlreichen kommunalen Tarife spielt, wenn man sich vor Augen hält, welche Bedeutung in einzelnen Haushalt die monatliche Gas- und Elektrizitätsrechnung, die Straßen- und Stadtbahnfahrten haben, dann wird es begreiflich, daß alle diejenigen, die in maßgebender Weise an der Aktion beteiligt sind, deren Erfolg zum ganz erheblichen Teil davon abhängig machen, wie viel oder wie wenig hier erreicht wird. Vor allem scheint die Reichshauptstadt, von der man eigentlich erwarten sollte, daß sie den Gemeinden mit gutem Beispiel vorangeht, sich mit besonderer Hartnäckigkeit jedem Versuch einer Senkung ihrer Verkehrsstarke zu widersetzen. Was man in dieser Hinsicht in den letzten Jahren erlebt hat, wäre grotesk zu nennen, wenn es nicht so traurig wäre. In kurzen Zwischenräumen rücksichtslos Tarifierhebungen und nachher jedesmal die betrübliche Feststellung, daß die Beförderungsziffer sich bedenklich verringert. Vor dem Kriege hat man etwas gewußt, was heute — besonders in Berlin — in Vergessenheit geraten zu sein scheint: daß auch beim Verkehr die goldene Regel, "Kleiner Nutzen — großer Umsatz" Gültigkeit hat. Damals konnte man zum Beispiel für 10 Pfennig mit der Tramway deutsche Großstädte von einem Ende zum anderen durchqueren, und niemals fand später so viele Fahrgäste befördert worden wie zur Zeit dieses wohlfeilen Tarifs — nie mehr ind aber die Finanzen der Straßenbahn so günstig gemessen wie damals. Heute ist man zwei- bis dreimal so teuer, und viele erleuchtete Köpfe mühen sich schweißend um die Lösung des Rätsels, worauf wohl der Rückgang des Verkehrs und somit auch der Einnahmen zurückzuführen sei. — In dieses Problem wirklich unlosbar? Es scheint so — aber nur, weil man ihm niemals durch Verkehre, sondern nur durch Tarifsenkung beizukommen sucht und so immer tiefer in die Sackgasse gerät. Seit Beginn der Debatte um die Senkung der Berliner Tarife zum Beispiel steht der Gedanke eines vernünftigen Kurztarifenverkehrs zur Förderung. Die amtlichen Stellen haben nicht daran gedacht, ihn aufzugreifen. Auch die Möglichkeiten von Sammelreisen, von Dudenfahrten, die — früher bereits im Gebrauch waren, aber mit ihrer schlichten und

rauchen Parität, mit der der Berliner Magistrat das Publikum zu behandeln nicht, einfach wieder abgeschafft worden sind — liegen vor, aber man beachtigt offenbar nicht, von ihnen Gebrauch zu machen. Und das geschieht, obwohl zum Beispiel in Sittin, in Kästel, in Halle, in Köln und vielen anderen Städten die Gas- und Strompreise erheblich herabgesetzt und damit der Beweis erbracht worden ist, daß man die höchsten Tarife senken kann, wenn man nur will. Es wird höchste Zeit, daß bei allen Gemeinden systematisch auf die Senkung sämtlicher Tarife eingewirkt wird und so mit die durch die Ermäßigung der Kohlenpreise und der Löhne entstehenden Ersparnisse in der ganzen Höhe ihrer ansehnlichen Millionenbeträge an die breite Masse weitergegeben werden. Wir müssen, darüber besteht allgemeine Klarheit, auf ein allgemein ermäßigtes Preisniveau kommen, wenn der nationale und internationale Güterausgleich wieder in Gang gebracht werden soll. Dieses Ziel muß erreicht werden, und zwar bald. Sollte seine Erreichung wirklich an dem „Übermut der Völker" — über den schon Hamlet klagte, obwohl er als Kronprinz davon bedeutend weniger gemert haben wird als wir gewöhnlichen Sterblichen — und an der Unschicklichkeit der öffentlichen Stellen scheitern?



Und wenn bei der gestrigen Kundgebung der deutschen nationalen Parteiführer Jugenberg sagte: „Die Jugend verlangt von uns, daß wir die Verhältnisse von Grund aus umkehren!“, so frage ich: Seit wann richtet der deutsche Mann sein Handeln nach den Forderungen von Säuglingen? (Seht gut bei der Volksparade). Sie etwa der Aufbau nach dem Niedergang von 1806 durch die überhäumende Jugend herbeigeführt worden oder nicht vielmehr durch gereifte Männer wie Stein und Gneisenau? Die Jugend, die heute am lautesten schreit, ist viel zu jung, als daß sie vor dem Feinde gefanden haben könnte. Der Redner wirft den Deutschnationalen jenseits der Reichsgrenzen gegenüber der Not des Volkes vor, und spricht sich gegen eine völlige Umkehr von dem gegenwärtigen Handelsvertragsystem der Weißbegünstigung aus. Bedauerlich seien die Angriffe gegen einen Vorkämpfer der Landwirtschaft wie den Minister Schiele, der von landwirtschaftlichen Kreisen heftig befürwortet worden ist. Die kapitalistische Wirtschaftsförderung könne für die jetzige Not nicht verantwortlich gemacht werden. Denn wir haben gar keine kapitalistische Wirtschaftsförderung, sondern nur ein Zwitterding unter viel zu starker Beteiligung der öffentlichen Hand. Der Redner fordert Senkung der öffentlichen Lasten.

Abg. Fehr. von Thingen (Landvolk) stellt fest, daß man sich in diesem Hause mehr in den Haaren als in den Armen zu liegen liege. Er bedauert, daß sich die Handelspolitik nicht dem Interesse der Landwirtschaft anpaßt. Landwirtschaft und Industrie seien auf gemeinsame Arbeit angewiesen. Die Preislenkungsaktion dürfe sich nicht allein zugunsten der Landwirtschaft auswirken.

Der angebliche Radikalismus in der Landwirtschaft sei nicht anders als der letzte Lebensstump. Die Landwirtschaft leide nicht nur an einer Wirtschaftskrise, sondern auch unter einer Preiskrise, sie könne nicht auf die Dauer zugunsten anderer Berufsstände Opfer bringen.

Die Steuer- und Zinslast der Landwirtschaft entspreche genau dem Verkaufserlös der gesamten deutschen Roggen-Getreide- und Kartoffelernte (Hart! Hörl!). Nur durch Hilfsmaßnahmen könne wieder Ruhe in der Landwirtschaft einreten, andernfalls werde auch sie radikalisiert werden (Weißal beim Landvolk).

Abg. Drewhl (Wirtschaftl.) bedauert die Ausführungen Dr. Deshausers, der von einer Überhebung des Handels und von einer zu großen Handelspolitik sprach. Wenn man dem Volke gleich nach dem Kriege hat gemacht hätte, daß wir uns keinen Luxus und keine wirtschaftlichen Experimente leisten können, dann würde manches unterbleiben sein. Die Wirtschaftspartei vertritt auch die Wünsche der Landwirtschaft, aber die Landwirtschaft darf sich nicht als mittelstandsfeindlich einstellen. Wichtiger als Zollschutz ist richtige Auswahl und Verwendung der Produkte durch die Landwirtschaft selbst, damit sie höhere Preise erzielt. Wir kommen aus der Wirtschaftskrise nur heraus, wenn die Wirtschaft von Steuern entlastet wird (Weißal bei der Wirtschaftspartei).

Abg. Baudisch (Christl.-Soz. Volksd.) begrüßt das angebotene Bauparitätsgesetz, wagt aber, bevor einer einzelnen Klasse ein Monopol zu geben. Sittdeutsch muß bei Aufträgen fürker berücksichtigt werden. Die Wirtschaftskrise ist hauptsächlich auf den Verfall der Vertrag zurückzuführen. Eine Lohnentwertung dürfte erst erfolgen, wenn sich die Kaufkraft vorher entsprechend erhöht hätte. Wichtiger als der Lohnabbau ist der Preisabbau. Nur der Landwirt werde mit Erfolg für seine Interessen eintreten, der auch Verständnis für andere Berufsstände aufbringe. Seine Forderung beträffe die von der Regierung beabsichtigte Landwirtschaftskrise.

Abg. Rauch-München (Bayr. V.) führte aus: Die erzwungene Arbeitsruhe habe die schlimmsten moralischen Folgen. Arbeitsruhe sei eine Vereinerzierung unter den großen Produktionsländern bringen. Selbst das reiche Amerika werde verhungern, wenn es nicht den Menschen dem Golde vorantreibt. Vermehrter Wohnungs- und Melioration des deutschen Vaterlandes seien Mittel zur Bekämpfung der Arbeitsruhe.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) bezeichnet als Ursache des Massenelends in Deutschland die protektionistische Wirtschaftspolitik.

Abg. Bielefeld (Str.) erklärte, daß für die Gesamtwirtschaft lo wichtige Baugewerbe für die Ernährung durch schwere Lohnkämpfe ausgelegt werden. Darum sollte sich das Wirtschaftsministerium mit dem Arbeitsministerium in Verbindung setzen, um bei dem bevorstehenden Ablauf der Tarifverträge auf eine friedliche Neuregelung hinzuwirken.

Abg. Feuerbaum (Dt. Volksp.) fordert größere Fürsorge für Handwerker und gewerblichen Mittelstand. Die Betriebe der öffentlichen Hand müssen feuerlich ebenso behandelt werden wie das freie Gewerbe.

Abg. Freidel (Wirtschaftl.) weist auf den jahrelangen osigen wenig erfolgreichen Kampf des Baugewerbes um eine Verbilligung der Baustoffe hin. Wenn in allerletzter Zeit große Preisnachlässe möglich waren, so sei damit bewiesen, daß diese fallierten Industrien das Baugewerbe viele Jahre hindurch in unerträglicher Weise über das Gehalt haben.

Abg. Korbacher (Bayr. V.) tritt für die Erhaltung des Mittelstandes ein, die er als eine staatspolitische Notwendigkeit bezeichnet und verlangt Einschränkungen der grundgesetzlichen Gewerbefreiheit in den durch das Allgemeininteresse gezogenen Grenzen. Die Schwarzarbeit vermehre die Erwerbslosen unter den Handwerksgehilfen und diene bei Steuerhinterziehung. Das Zugabeemwessen müsse endlich beseitigt werden.

Abg. Mumm (Christl.-Soz. Volksd.) begründet eines Vorgehens, der im Interesse des Siegerlandes Erzeugnis eines Singenmittels bei den Erzeugern der Stahl- und Eisenherzeugung verlangt.

Abg. Baur (Landvolk) fordert eine faktenreiche Unterfertigung des Glashaus- und der Glashausverträge.

Abg. Feuch (Staatsrat) wendet sich gegen das Vorgehen der Reichsbahn, die der Expeditionsfirma Schenker ein Monopol zum Schaden des freien Gewerbes verleiht hat.

Damit war die Ausprägung beendet.

Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums und der Vorläufigen Reichswirtschaftskammer wird in zweiter Beratung bemittelt.

Angenommen wird der Antrag Rauch (Bayr. V.) auf gleichmäßige Verteilung der Reichsaufträge auf alle Länder. Zur Frage der

Verpflichtung der Kartellverordnung

wird unter die Ablehnung der übrigen Anträge die von Abg. Baudisch begründete Entschädigung des Christlichsozialen Volksdienstes angenommen. Der Antrag Mumm an Ermittlung geht an den Ausschuss.

Gegen 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Juni-Jetats in Verbindung mit der 3. Beratung der vom Abg. Dr. Bell (Str.) und den Mehrheitsparteiern eingebrachten Novelle zum Preissetzgesetz.